



Marktgemeinde St. Martin im Innkreis
Pol. Bezirk Ried im Innkreis, OÖ.
4973 St. Martin i. I., Diesseits 184
Tel. 07751/8255-0

Bearbeiter: Langmaier Joachim
E-Mail: j.langmaier@st-martin-
innkreis.at
Sitzungsnummer: GR/005/2018

St. Martin i. I., am 12. Juli 2018

Verhandlungsschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Marktgemeinde St. Martin im Innkreis

Sitzungstermin: Donnerstag, den 05.07.2018
Sitzungsbeginn: 19:30 Uhr
Sitzungsende: 21:10 Uhr
Tagungsort: Martinus-Saal der Landesmusikschule

Anwesend sind:

Hochhold Hans Peter, Dr.	ÖVP	<u>Bürgermeister und Vorsitzender</u>
Colic Josip	FPÖ	_____
Eisenführer Christa	ÖVP	_____
Etzlinger Sabine	FPÖ	_____
Höretzeder Rainer	FPÖ	_____
Inzinger Wilfried	FPÖ	_____
Legler Brigitte	FPÖ	_____
Mayr Manfred	SPÖ	_____
Moser Franz, Dir. OSR	FPÖ	_____
Nöbauer Gerold	SPÖ	_____
Novak Clemens Heinrich Maria, Dr. med.	ÖVP	_____
Redhammer Andreas	ÖVP	_____
Schilcher Bernhard	ÖVP	_____
Voglhuber Karl	ÖVP	_____
Winter Bernhard	SPÖ	_____
Grömer Anita	FPÖ	_____
Hatzmann Johann	ÖVP	_____
Holzinger Alois	FPÖ	_____

Der Schriftführer Joachim Langmaier

Der Schriftführer (§ 54 Abs. 2 O.ö. GemO. 1990): **AL Joachim Langmaier**

Der Vorsitzende eröffnet um **19:30 Uhr** die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung vom **Bürgermeister** einberufen wurde;
- b) die Verständigung hierzu gemäß den vorliegenden Zustellnachweisen an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich (per **Mail bzw. Post**) am 28.06.2018 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist; die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel am gleichen Tage öffentlich kundgemacht wurde;
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
- d) dass die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom **30.05.2018** bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird Ersatzgemeinderat Holzinger Alois von Bürgermeister Dr. Hochhold angelobt.

Tagesordnung:

1. Verordnung allgemeines Fahrverbot Antiesensteg
2. Korridor Spiesberger Vereinbarung
3. Bericht Obmann Prüfungsausschuss
4. Voranschlag 2018 Prüfungsbericht
5. Lärmschutz - Erlassen einer Verordnung?
6. Grünzug Festlegung der weiteren Schritte
7. Wasserversorgung Stand Kooperation Aurolzmünster
8. PV-Anlage Angebot Contracting Marasolar
9. Sitzungsplan 2. Halbjahr 2018
10. Allfälliges

Protokoll:

1 Verordnung allgemeines Fahrverbot Antiesensteg

Sachverhalt:

Für den nunmehr neu errichteten Sportplatz-Antiesensteg ist ein allgemeines Fahrverbot zu verordnen. Der alte Steg war seit jeher mit einem Fahrverbot beschildert, jedoch findet sich in den straßenrechtlichen Verordnungen dazu kein entsprechender Eintrag. Spätestens nach Abschluss der noch ausstehenden Nutzungsvereinbarungen mit den anschließenden Grundeigentümern muss eine Regelung getroffen werden, um formalrechtlich gegen widerrechtliche Verwendung abgesichert zu sein.

Wortprotokoll:

An sich ergibt sich aus dem Sachverhalt keine Alternative zur Verordnung eines allgemeinen Fahrverbotes, so der Bürgermeister. Die Verordnung selbst erlässt die Bezirkshauptmannschaft, freilich nur auf Antrag der Marktgemeinde. Demzufolge muss die Marktgemeinde im eigenen Interesse den ersten Schritt setzen. Es kommt zu keinen Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Vorsitzende beantragt, dass der Gemeinderat seine Zustimmung dazu erteilen möge, dass die Bezirkshauptmannschaft für den neuen Antiesensteg bei der ein allgemeines Fahrverbot verordnen soll.

Der Antrag wird **einstimmig** (durch Handerhebung) angenommen.

2 Korridor Spiesberger Vereinbarung

Wortprotokoll:

Wie in der Sitzung vom 18.4.2018 beschlossen, muss Frau Spiesberger im Zuge der anstehenden Umwidmung einen sechs Meter breiten Korridor frei lassen. Dieser Umstand wurde von Notar Mag. Hauser in Schriftform gegossen. Die von Frau Spiesberger mittlerweile akzeptierte Vereinbarung muss noch vom Gemeinderat beschlossen werden.

Der Vorsitzende bringt den Mandatarinnen und Mandataren noch einmal kurz den wesentlichen Inhalt der Vereinbarung zur Kenntnis, während der gesamte Textinhalt per Beamer auf die Leinwand projiziert wird.

Es kommt in der Folge zu keinen Wortmeldungen.

Beschluss:

Bürgermeister Dr. Hochhold beantragt, dass der Gemeinderat die soeben besprochene Vereinbarung (Beilage A dieser Niederschrift) beschließen möge.

Der Antrag wird **einstimmig** (durch Handerhebung) angenommen.

3 Bericht Obmann Prüfungsausschuss

Sachverhalt:

Bericht von der Sitzung des Prüfungsausschusses vom 18.06.2018.

Wortprotokoll:

Der Vorsitzende ersucht den Obmann des Prüfungsausschusses um seinen Bericht. Obmann Nöbauer Gerold berichtet daraufhin vom Inhalt der Sitzung des Prüfungsausschusses am 18.6.2018. Neben dem Prüfungsbericht zum Voranschlag hat man sich auch über die weitere Behandlung von Abgabenrückständen unterhalten. Der Prüfungsbericht kann aus Sicht des Prüfungsausschusses bedenkenlos zur Kenntnis genommen werden.

Bei den Abgabenrückständen hat man vereinbart, dass man in der letzten Sitzung des Jahres die einzelnen Rückstände konkret bespricht und weiters Vorschläge erstellen wird, wie mit diesen in der Folge umzugehen sein wird.

Bürgermeister Dr. Hochhold bedankt sich für den Bericht und geht kurz darauf ein, dass die Beurteilung der Abgabenrückstände ein wichtiger Punkt in der Tätigkeit des Prüfungsausschusses sein muss. Im Sinne der gerade neu strukturierten Gemeindeaufsicht kommt diesem Aspekt durchaus eine wesentliche Bedeutung zu.

4 Voranschlag 2018 Prüfungsbericht

Sachverhalt:

Der eine Woche nach der letzten Sitzung, nämlich am 26.2.2018, eingegangene Prüfungsbericht zum Voranschlag 2018 musste im Ausschuss am 18.06.2018 noch behandelt werden.

Wortprotokoll:

Der Vorsitzende greift noch einmal den Bericht des Prüfungsausschussobmannes auf und schlägt vor, den Prüfungsbericht zum Voranschlag 2018 zur Kenntnis zu nehmen.

Es kommt zu keinen weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den Prüfungsbericht zum Voranschlag 2018 einstimmig zur Kenntnis.

5 Lärmschutz - Erlassen einer Verordnung?

Wortprotokoll:

Die Verordnungsprüfung für die in der letzten Sitzung beschlossene Lärmschutz-Verordnung hat ergeben, dass diese nicht pauschal für das gesamte Gemeindegebiet erlassen werden kann, weshalb die erste Version im Gemeinderat wieder aufgehoben werden muss, so Bürgermeister Dr. Hochhold. Die Bezeichnung in der Ta-

gesordnung (Anmerkung: als Fragestellung) ist jene von der letzten Sitzung und hätte eigentlich abgeändert werden müssen.

Das Gebiet, in welchem die Lärmschutzverordnung gelten soll, muss laut Land „parzellenscharf“ umschrieben werden. Überdies muss dieses Gebiet vorher entsprechend kundgemacht werden, erst dann kann auf diesem Entwurf basierend eine dann hoffentlich einer Verordnungsprüfung standhaltende neue Version beschlossen werden.

Es stellt sich daher die Frage, welche Gebiete man nun festlegen soll. Nachdem aus Hötzlarn, Karchham, Koblstadt und Sindhöring bislang keine Beschwerden wahrgenommen wurden, scheint es entbehrlich, diese Siedlungsgebiete in die neue Verordnung aufzunehmen.

Dies sehen auch die Damen und Herren Gemeindevertreter so.



Vorschlag für das Ortszentrum

Beschluss:

Da die Verordnungsprüfung der Aufsichtsbehörde zu dem Ergebnis kam, dass sie die in der letzten Sitzung beschlossene Lärmschutz-Verordnung nicht genehmigen kann, stellt der Vorsitzende den Antrag, diese aufzuheben.

Der Antrag wird **einstimmig** (durch Handerhebung) angenommen.

Der Vorsitzende beantragt weiters, die „Lärmschutzzzone“ wie im Ortsplan dargestellt zu beschließen und entsprechend kundzumachen.

Der Antrag wird **einstimmig** (durch Handerhebung) angenommen.

6 Grünzug Festlegung der weiteren Schritte

Sachverhalt:

Im Bereich Grünzug wird die erste zu treffende Maßnahme sein, die schon seit Jahren ausständigen Löschwasserbehälter zu installieren. Der dabei entstehende Aushub soll gleich für die Geländegestaltung verwendet werden. Dazu ist erforderlich, eine Entscheidung darüber zu treffen, wie der Grünzug am Ende wirklich gestaltet werden soll. Findet man mit dem Entwurf von Landschaftsplaner DI Mag. Stöckl das Auslangen, oder soll ein konkreter Planungsauftrag mit vorgegebenem (noch zu beschließendem) Kostenrahmen vergeben werden?

Wortprotokoll:

Bürgermeister Dr. Hochhold weist auf den bereits vorhandenen Entwurf für eine Gestaltung des Grünzuges von Herrn Dipl. Ing. Mag. Stöckl hin. Die seinerzeitige Kostenschätzung belief sich auf rund € 500.000.

Es gilt zu überlegen, ob man Landschaftsplaner Stöckl mit einer konkreten Planung beauftragen soll oder nicht. Sobald die Umwidmung PCE vom Land genehmigt ist, ist Handlungsbedarf gegeben.

Es gibt keinen Sitzungsteilnehmer, der einen anderen Landschaftsplaner beauftragen will.

Für den Obmann des Familienausschusses Winter stellt sich nur die Frage, wie bzw. ab wann man sich in die Planungsschritte einbringen kann. In der letzten Ausschusssitzung hat man das Thema Gestaltung Grünzug schon diskutiert.

Bürgermeister Dr. Hochhold hält eine Ideensammlung für sinnvoll und jederzeit möglich. Mit Herrn Stöckl müssen allfällige Wünsche eben abgestimmt werden.

Gemeinderat Höretzeder hielte es für sinnvoll, auch die Firma PCE mit einzubeziehen, möglicherweise hätte die Firmenleitung Interesse daran, einen Teil des Bereiches in Arbeitspausen auch für die eigenen Mitarbeiter zu nutzen.

Für Gemeinderat Dr. Novak erscheint es notwendig, auch die Frage des Honorares für die Planung anzusprechen. Er würde eine Lösung bevorzugen, die nicht an Prozentsätzen der Projektkosten gebunden ist.

Aus Sicht des Vorsitzenden lässt sich das in weiterer Folge alles mit dem Landschaftsplaner besprechen. Wichtig ist zunächst nur die Frage, ob der Gemeinderat die Beauftragung von Herrn Dipl. Ing. Mag. Stöckl befürwortet.

Beschluss:

Der Vorsitzende beantragt, dass das Landschaftsplanungsbüro Stöckl aus Zell an der Pram mit einer konkreten Planung für den Grünzug beauftragt werden soll.

Der Antrag wird **einstimmig** (durch Handerhebung) angenommen.

7 Wasserversorgung Stand Kooperation Aurolzmünster

Sachverhalt:

Gespräch wegen Wasserversorgung Zusammenschluss mit Marktgemeinde Aurolzmünster

BGM Schneiderbauer, Ing. Spitzlinger (HIPI), BGM Dr. Hochhold
im Marktgemeindegemeindeamt Aurolzmünster am 22.6.2018

- Zusammenschluss wird von beiden Gemeinden befürwortet
- Leitungsbau-Planung (Forchtenau bis Hofing) wird bis Ende Juni zur wasserrechtlichen Überprüfung und Verhandlung eingereicht
- Baubeginn könnte lt. Ing. Spitzlinger noch im Herbst 2018 sein
- Kostenschätzung: **€250.000,-**

- Ausbau Brunnen Schöndorf von Aurolzmünster angestrebt - genügend Schüttung
- jedoch Enteisungsanlage und Erweiterung (tlw. Renovierung) Hochbehälter notwendig
- Kostenschätzung: **€600.000,-** Hochbehälter + **€185.000,-** Quelle u. Enteisung

- **140m³/Tag für St. Martin** wären möglich - entspricht **50% der Kapazität**
- grundsätzliche Frage: prozentuelle Beteiligung oder Wasserkauf nach tatsächlichem Verbrauch - abzuklären in den jeweiligen Gemeinderäten
- genauer Verteilungsschlüssel wäre in einem nächsten Schritt zu klären
- BGM Dr. Hochhold spricht sich für eine prozentuelle Beteiligung der Marktgemeinde St. Martin aus

- Lückenschluss mit Utzenaich wäre ebenfalls möglich und sinnvoll - soll mit BGM Ehwallner noch besprochen werden
- bei Lückenschluss mit Aurolzmünster - durchgängige Verbindung bis Eberschwang und Hohenzell: Notversorgung mit bis zu **200m³/Tag für St. Martin** möglich

Wortprotokoll:

Bürgermeister Dr. Hochhold fasst das Ergebnis der Besprechung mit Bürgermeister Schneiderbauer von der Nachbargemeinde Aurolzmünster zum Thema Wasserversorgung am 22.6.2018 kurz zusammen und präsentiert anschließend seine Sicht der Dinge.

Er spricht sich eindeutig für eine Variante einer Kostenbeteiligung am Ausbau des Brunnens in Schöndorf aus, weil dies einer Entlastung der eigenen Brunnen dienlich wäre. Kostentechnisch ist davon auszugehen, dass die Beteiligungsvariante betriebswirtschaftlich kein Nachteil ist.

Diese seine Meinung leitet er auch von einer kurzen Gegenüberstellung der beiden möglichen Szenarien ab.

Mögliche Szenarien Wasser-Kooperation Aurolzmünster			
Geschätzte Projektkosten:			
Leitung Forchtenau - ÜS Hofing			250.000,00
Erweiterung HB Schöndorf			600.000,00
Enteisung			185.000,00
Annahmen für Szenarien:			
Wasserabnahme pro Tag			100,00
Wasserzins			1,59
Kostenverteilung Jahre			20,00
Fördermittel (max. Fördersatz lt. BMLFUW)			13%
HB & Enteisung gefördert			683.000,00
Kostenanteil			341.500,00
Leitung anteilig geschätzt			108.500,00
Gesamtkostenanteil			450.000,00
Kostenbeteiligung (50 % Projekt)		mit	ohne
aliquot auf Jahre		22.500,00	0,00
Wasserabnahme im Jahr		36.500	36.500
Kosten Wasser		29.000,00	58.000,00
Jahressumme in den ersten 20 Jahren		51.500,00	58.000,00

Gemeindevorstand Voglhuber spricht sich für die Beteiligungsvariante aus. Auch Gemeinderat Dr. Novak hält dies für einen vernünftigen Schritt zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit.

Auch Vizebürgermeister Moser sieht keine Alternative zu dieser Lösung, weil das Kostenszenario eine eindeutige Sprache spricht.

Ersatzgemeinderätin Grömer würde gerne wissen, inwieweit die Ergiebigkeit der Quelle gesichert ist.

Dr. Novak erwidert darauf, dass die festgestellte Schüttung auf fundierten Berechnungen basiert und als gesichert angesehen werden kann.

Bürgermeister Dr. Hochhold hält es für möglich, dass mit dem Bau der Verbindungsleitung von Forchtenau bis zur ohnehin vorhandenen Übergabestation in Hofing noch im Jahr 2018 begonnen werden kann.

Klar ist aber auch, dass ungeachtet der in Zusammenhang mit diesem Tagesordnungspunkt zu treffenden Entscheidung die Frage nach der Suche nach einem weiteren Standbein im eigenen Gemeindegebiet „nicht vom Tisch“ sein wird. Die Suche selbst wird aber sicher keine leichte Übung werden, weil jeder Brunnen eine weite Schutzzone haben muss. Ein Brunnenstandort außerhalb einer Waldfläche wird sich daher kaum umsetzen lassen. Vollzieht man den Schritt der Kostenbeteiligung, dann ist man bei der alternativen Suche nach einem zweiten eigenen Standbein zumindest nicht mehr unter Zeitdruck.

Für Gemeinderat Winter stellt sich die Frage, ob man abschätzen kann, ab welchem Tagesbedarf die Notwendigkeit weiterer Überlegungen gegeben sein wird.

Diese Frage ist schwer zu beantworten, so der Vorsitzende, weil dies auch von Erfolg oder Misserfolg in Ort im Innkreis abhängen wird. Sollte sich Ort wirklich „verselbständigen“, würde das unsere Anlage mit 100 bis 120 m³/Tag spürbar entlasten.

Für die SPÖ-Fraktion hält deren Fraktionsobmann und Gemeindevorstand Mayr fest, dass ebenfalls eine Kostenbeteiligung bevorzugt wird.

Gemeinderat Höretzeder vermeint in der aktuellen Entwicklung die Ursache im in der letzten Sitzung eingebrachten Dringlichkeitsantrag zu erkennen und begrüßt ebenfalls die Beteiligungsvariante.

Bürgermeister Dr. Hochhold kann diese Sichtweise nicht so stehen lassen, immerhin gab es Gespräche für eine Zusammenarbeit mit der Marktgemeinde Aurolzmünster schon vor einem Jahr und hat man diese damals bereits auch im Gemeindevorstand erörtert. Seiner Einschätzung nach ist das Thema Trinkwasser auch nicht geeignet, Thema für ein politisches Hickhack zu werden.

Ersatzgemeinderat Hatzmann will abschließend noch wissen, welches Ergebnis die Überlegungen in Richtung Zusammenschluss mit der Wassergenossenschaft Traxlham gebracht haben.

Gemeindevorstand Voglhuber hält fest, dass die Überlegungen eher nur einseitig gelagert waren und deshalb letztlich nicht weiter verfolgt worden sind.

Der Vorsitzende fasst noch einmal zusammen, dass es selbst bei Befürwortung der Beteiligung durch den Gemeinderat noch eines entsprechenden Beschlusses in der Nachbargemeinde Aurolzmünster bedarf.

Beschluss:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, dass man sich am Ausbau der Quelle Schöndorf mit fünfzig Prozent beteiligen wolle und den Gemeinderat der Marktgemeinde Aurolzmünster davon in Kenntnis setzen könne.

Der Antrag wird **einstimmig** (durch Handerhebung) angenommen.

8 PV-Anlage Angebot Contracting Marasolar

Wortprotokoll:

In der letzten Sitzung wurde die PV-Anlage, die auf dem Dach der Neuen Musik-Mittelschule (NMMS) montiert werden soll, von der Tagesordnung genommen, so der Bürgermeister. Damals sahen sich die Mandatäre außer Stande eine Entscheidung zu treffen, weil die technischen und finanziellen Rahmenbedingungen nicht ausreichend bekannt waren.

An sich wäre die PV-Anlage auf der NMMS von der Dimension mit jener auf der LMS vergleichbar, weshalb es zulässig erscheint, die LMS-Eckdaten für die Betrachtungen heranzuziehen. Die LMS-PV-Anlage hat im ersten Halbjahr 2018 rund € 3.000 erwirtschaftet. Bei einer vertraglich vorgegebenen Tarifbindung von 13 Jahren ergäbe sich für den Vertragszeitraum ein möglicher Produktionserlös in Höhe von € 78.000 (€ 3.000 x 2 für ein Jahr, € 6.000 x 13). Unter Berücksichtigung der Fördermittel kostet die NMMS-PV-Anlage netto rund € 37.000 (brutto rund € 47.000). Die Differenz spricht dafür, die PV-Anlage auf eigene Rechnung zu betreiben. Der „Überschuss“ wird jedoch nicht eins zu eins zu Tage treten, weil ja ein Teil des Solarstromes den Bedarf der NMMS abdecken wird.

Die Firma Marasolar gewährt Garantie zwar nur für einen Zeitraum von 25 Jahren, teilt aber gleichzeitig mit, dass die technische Nutzungsdauer mit 40 Jahren bemessen werden kann. Selbst bei leichtem Leistungsverlust ist von einem effektiven Betrieb über die 25 Jahre hinaus auszugehen.

Zur offenen Frage, wie eine allenfalls in mehreren Jahrzehnten anstehende Entsorgung ablaufen wird, verweist Gemeinderat Dr. Novak auf die schon jetzt geltende Bestimmung im Abfallwirtschaftsrecht. Demzufolge besteht für PV-Elemente ein Rücknahmesystem ähnlich wie bei den allen bekannten Kühlschränken. Produzenten und Händler sind verpflichtet, für die spätere Wiederverwertung dieser Elemente Vorsorge zu treffen. Überdies ist das Recycling an sich kein allzu komplexer Vorgang.

SPÖ-Fraktionsobmann Gemeindevorstand Mayr teilt die Meinung seiner Kollegen mit, seine Fraktion kann kein Argument gegen eine PV-Anlage erkennen und spricht sich überdies dafür aus, die Anlage auf eigene Rechnung zu betreiben.

Bürgermeister Dr. Hochhold geht davon aus, dass dies die ÖVP-Fraktion genauso sieht, jedoch sieht die Tagesordnung an sich nur eine Debatte über ein Contracting-Modell vor, weshalb man hier letzten Endes mit allfälligen Beschlüssen aufpassen muss.

Gemeinderat Höretzeder sieht das nicht so schlimm, weil sich die Ausgangslage im Vergleich zur letzten Sitzung doch geändert hat.

Gemeinderat Dr. Novak verweist auf das Spezifikum, dass mit Erlangen einer Förderzusage automatisch auch Umsetzungsfristen verbunden sind und deshalb eine zeitnahe Entscheidung im Gemeinderat notwendig ist.

Für den Vorsitzenden ist der Hinweis noch wichtig, dass die PV-Anlage aus dem ordentlichen Haushalt finanziert werden kann.

Gemeinderat Redhammer stellt fest, dass es wirtschaftlich sicher sinnvoller ist, die Anlage selbst zu betreiben.

Vizebürgermeister Moser gibt bekannt, dass er sich bei einer Abstimmung jedenfalls der Stimme enthalten wird.

Für die weitere Vorgangsweise schlägt Gemeinderat Dr. Novak vor, in zwei Stufen abzustimmen, der erste Schritt soll sein, ob man sich grundsätzlich für die PV-Anlage auf der NMMS ausspricht, der zweite Schritt soll dann die Frage eigener Betrieb oder Contracting-Variante klären.

Dieser Weg wird allgemein für sinnvoll erachtet.

Beschluss:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, der Umsetzung einer PV-Anlage auf dem Dach der NMMS zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis (durch Handerhebung):

Ja-Stimmen (14): Bürgermeister Dr. Hans Peter Hochhold, Karl Voglhuber, Andreas Redhammer, Dr. Clemens Novak, Bernhard Schilcher, Christa Eisenführer, Johann Hatzmann (alle ÖVP), Manfred Mayr, Bernhard Winter, Gerold Nöbauer (alle SPÖ), Brigitte Legler, Josip Colic, Anita Grömer und Alois Holzinger (alle FPÖ)

Nein-Stimmen (0)

Enthaltungen (4): Vizebürgermeister Dir. Franz Moser, Rainer Höretzeder, Wilfried Inzinger und Sabine Etzlinger (alle FPÖ)

Der Antrag ist somit **mehrstimmig** angenommen.

Wie gerade besprochen stellt der Vorsitzende den Antrag, einem Betrieb der Anlage auf eigene Rechnung zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis (durch Handerhebung):

Ja-Stimmen (14): Bürgermeister Dr. Hans Peter Hochhold, Karl Voglhuber, Andreas Redhammer, Dr. Clemens Novak, Bernhard Schilcher, Christa Eisenführer, Johann Hatzmann (alle ÖVP), Manfred Mayr, Bernhard Winter, Gerold Nöbauer (alle SPÖ), Brigitte Legler, Josip Colic, Anita Grömer und Alois Holzinger (alle FPÖ)

Nein-Stimmen (0)

Enthaltungen (4): Vizebürgermeister Dir. Franz Moser, Rainer Höretzeder, Wilfried Inzinger und Sabine Etzlinger (alle FPÖ)

Der Antrag ist somit **mehrstimmig** angenommen.

Bei diesem Stand verlässt um 20.30 Uhr Vizebürgermeister Moser die Sitzung, weil er in seiner Funktion als Leiter der NMMS noch einen weiteren unaufschiebbaren Termin wahrnehmen muss.

Nach der Beschlussfassung ergibt sich in der Folge noch eine Debatte über die beschlossene Sache, nämlich einerseits, warum die Firma Marasolar den Auftrag erhalten soll, dies will Gemeindevorstand Mayr noch kurz erläutert bekommen.

Gemeinderat Dr. Novak stellt fest, dass die Firma Marasolar schon bei der LMS-PV-Anlage Bestbieter war und sich überdies um die Abwicklung der Förderproblematik verdient gemacht hat (wenngleich auch nicht ganz uneigennützig). Ihm sei aber bewusst, dass Ersatzgemeinderat Gottfried mit den Ausführungsmodalitäten der Firma Marasolar nicht immer ganz einverstanden war, weshalb er schon jetzt dafür plädieren würde, die Firma EBG hier intensiv einzubinden, um ein zufriedenstellendes Ergebnis erreichen zu können.

Gemeinderat Nöbauer sieht den Beschluss aus einem anderen Blickwinkel, er hätte es lieber gesehen, diese Ausgaben im Vorfeld zu planen. Eine Berücksichtigung im Voranschlag wäre sicher die bessere Lösung gewesen, überdies hätte man Überlegungen anstellen können, ob man die Anlage nicht in Schritten erweitert. Dafür hätte es dann auch budgetärer Vorsorge bedurft.

Ein weiterer Ausbau von Alternativenergien kann man ja auch durchaus andenken, so der Bürgermeister.

Hier spielt natürlich die Zusage von Fördermittel eine entscheidende Rolle. Und in diesem Bereich geht ohne Privatinitiative zugunsten der Marktgemeinde ehrlicherweise vermutlich so gut wie nichts. Gemeinderat Dr. Novak beteuert daraufhin, dass er diese Eigeninitiative zum Vorteil der Marktgemeinde gerne eingebracht hat. Ergänzend fügt er aber auch noch gleich hinzu, dass er mit seiner Solarstrom-Idee noch nicht am Ende angelangt ist. Für 2019 schwebt ihm vor, dass er für den Gebäudekomplex Jenseits 6 (Bauhof & Feuerwehr) eine spezielle Lösung andenkt. Dort soll eine autarke „Strom-Insel“ als Anlaufstelle für einen allfälligen Blackout entstehen. Dafür bedarf es aber einer Stromspeichermöglichkeit. Hier die richtige Lösung zu finden, empfindet er als seine nächste Aufgabe.

Gemeinderat Höretzeder sieht dies als Möglichkeit, den dafür zuständigen Ausschuss in diese Überlegungen einzubinden, dann sind diese Dinge auch mehreren Leuten bekannt und auch die Debatten in den weiteren Gremien könnten weniger zeitintensiv ausfallen.

Dagegen spricht auch laut Bürgermeister Dr. Hochhold nichts, schließlich wäre es ideal, wenn ein Ausschuss ein Thema so weit vorbereitet, dass es beschlussreif präsentiert werden kann.

9 Sitzungsplan 2. Halbjahr 2018

Wortprotokoll:

Bürgermeister Dr. Hochhold präsentiert den Sitzungsplan für das zweite Halbjahr 2018 und verweist darauf, dass die Termine mehr oder minder als vorgegeben betrachtet werden können, weil nach der Sommerpause immer drei Sitzungen abgehalten worden sind. In der Septembersitzung ist der Sommer „aufzuarbeiten“, es folgen die Sitzungen, in denen die Gebühren und Hebesätze bzw. in der Folge das Kapitel Voranschlag zu behandeln sind.

Gemeindevorstand

Montag, 17.9.2018, Dienstag, 13.11.2018, und Montag, 3.12.2018, Beginn jeweils um 19.00 Uhr

Gemeinderat

Mittwoch, 26.9.2018 und 21.11.2018, 19.30 Uhr, und 19.12.2018, 18.30 Uhr

10 Allfälliges

Wohnungsausschuss

Wohnungsausschussobmann Redhammer berichtet von den letzten Wohnungsvergaben. Eine Wohnung in Diesseits 150 wurde vergeben an Mizic Stela aus Senftenbach, zwei Wohnungen in Diesseits 227 wurden vergeben an Simone Diess und Zuzana Jurkova, beide St. Martin.

Die Mieter in Jenseits 74 machen ständig Probleme bei der Müllentsorgung, hier ist eine Videoüberwachung angedacht. Zum offenen Thema Umgang mit den neuen Vergaberichtlinien kann abschließend noch nichts berichtet werden, weil sich bislang noch nicht alle Wohnungsgenossenschaften dazu erklärt haben.

Bürgermeister Dr. Hochhold lädt die Fraktionen ein, sich allgemein Gedanken darüber zu machen, ob man das Wohnhaus Jenseits 74 angesichts der ständigen Probleme und der finanziell negativen Bilanz unbedingt als Gemeindewohnhaus erhalten muss.

Seniorentag 2018

Der Termin ist mit Sonntag, 6.10.2018, fixiert. Im Ausschuss hat man laut Obmann Winter mehrere Details diskutiert, wobei der Ausschuss leider nur „dünn“ besetzt war. Neben dem Seniorentag wurden auch Themen wie Nutzungsmöglichkeiten des neuen Grünzuges bzw. Spielplatz besprochen.

Bauhofmitarbeiter

Nach dreimaligem Ausschreiben hat der Gemeindevorstand mit Herrn Wolfgang Gerhofer aus Eggerding nun endlich einen neuen Mitarbeiter gefunden, Dienstbeginn wird der 1.8.2018 sein.

Laut Gemeinderat Höretzeder gab es in der FPÖ-Fraktion Überlegungen, gleich zwei neue Mitarbeiter einzustellen.

Der Vorsitzende stellt klar, dass der aktuell genehmigte Dienstpostenplan im Bereich Bauhof nur drei Stellen vorsieht, für die Aufnahme zwei Neuer wäre daher zunächst eine Änderung des Dienstpostenplanes notwendig.

Frage nach einem Verkehrsspiegel in der „Mayr-Kurve“

Anrainer Gemeindevorstand Mayr wüsste gerne, was die Behandlung „seiner“ Kurve durch die Experten ergeben hat.

Bürgermeister Dr. Hochhold erläutert, dass die Lösung das Aufstellen eines Verkehrszeichens „Achtung Linkskurve“ sein wird.

Pfingstkreuzfahrt 2019

Der Vorsitzende bringt allen Anwesenden zur Kenntnis, dass man im Gemeindevorstand beschlossen hat, die vom Reisebüro Krautgartner für Pfingsten 2019 zusammengestellte Kreuzfahrt in der Gemeinde-Info nicht beworben wird. Alle Fraktionen werden die Unterlagen dazu erhalten, ob sie diese dann in ihren Parteinachrichten veröffentlichen oder nicht, ist jedem freigestellt.

.....

Das Sitzungsprotokoll der letzten Gemeinderatssitzung lag während der Sitzung zur allgemeinen Einsichtnahme auf. Einwendungen dagegen wurden nicht erhoben, weshalb es am Ende der Sitzung für genehmigt erklärt wird.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen folgen, bedankt sich Bürgermeister Dr. Hochhold für die Teilnahme und Mitarbeit und schließt die Sitzung des Gemeinderates um 21.10 Uhr.

Der Schriftführer:

Der Vorsitzende:

Der Vorsitzende beurkundet, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom _____ keine Einwendungen erhoben wurden.

St.Martin i.l., _____

Der Vorsitzende:

Das ordnungsgemäße Zustandekommen der vorstehenden Verhandlungsschrift des Gemeindevorstandes wird bestätigt.

Gleichzeitig wird der Erhalt einer Ausfertigung der genehmigten und unterfertigten Verhandlungsschrift bestätigt.

(Gemeinderat ÖVP)

(Gemeinderat SPÖ)

(Gemeinderat FPÖ)